

KOMMENTAR:

Frankreichs Präsident entscheidet über Euro

Der Sieger muss Finanzmärkte
besänftigen, die
Widersprüchliches wollen

VON DANNY LEDER

Der Pariser Wirtschaftsjournalist Francois Lenglet, ein phlegmatischer I-Tüpfler mit markanter Glatze, wurde im Wahlkampf zum Star, weil er, mit einer – für Frankreichs Medienusancen – kaum üblicher Präzision die Kandidaten in die Mangel nahm. Lenglet prophezeite für heute, dem Tag nach den Wahlen, in jedem Fall einen neuen Entscheidungsnotstand mit sofortiger Wirkung auf die gesamte Euro-Zone. Wobei Lenglet eine Art Schuldenschnitt durch Abwertung der gemeinsamen Währung als einzige und baldige Lösung sieht.

Tatsächlich ist Frankreich der zentrale Baustein zwischen den überschuldeten Krisenstaaten, die sich nicht mehr auf Südeuropa beschränken, und dem – noch – prosperierenden EU-Ländern. Mit einem historischen Doppeldefizit (die Staatsschuld rast auf 90 Prozent des Nationalprodukts zu, die Außenhandelsbilanz stürzte mit minus 70 Milliarden Euro in ein Rekordtief) ist Frankreich selber gefährdet, konnte aber bisher dank staatlicher Stabilität und erfolgreichen Spitzenkonzernen am Absturz vorbeischräumen.

Jetzt aber muss Frankreichs Präsident Vertrauen erweckende Signale an die Finanzmärkte versenden. Diese erwarten glaubwürdigere Programme für einen Schuldenabbau als die Wahlkämpfer erbrachten. Etliche Financer wünschen aber gleichzeitig, dass Paris gegenüber Berlin eine spaltbreite Lockerung des Zeitplans der Sparauflagen erwirkt, der jede Wachstumshoffnung der Krisenstaaten im Keim erstickt und erst recht eine Schuldenbegleichung ausschließt. Aus dieser schier unlösbaren Gleichung könnte tatsächlich die Notwendigkeit für Frankreich erwachsen, eine Abwertung des Euro anzupfeilen, um Wettbewerbskraft zu erringen und die Schuldenlast zu verringern.